

Werben um reuige Rebellen

Regierung lockt geläuterte Maoisten mit Amnestie und Privilegien in die Massenkapitulation

Thomas Döhne

In ihrem Kampf gegen die in der *Communist Party Nepal (Maoist)* vereinten maoistischen Rebellen hat die nepalische Regierung vor kurzem eine neue Initiative ergriffen. Kommunikationsminister Kamal Thapa stellte der Presse am 17. Dezember 2003 ein von der Regierung beschlossenes umfangreiches Amnestieprogramm vor, das maoistische Kämpfer dazu auffordert, ihre Waffen niederzulegen und ihnen im Gegenzug eine Amnestie verspricht. Das so genannte „Kapitulations- und Amnestieprogramm“ soll der maoistischen Rebellion das Wasser abgraben. Es bietet Kämpfern, die ihre Waffen niederlegen und sich ergeben, bestimmte Sicherheitsgarantien, Aussichten auf Jobs und andere Vergünstigungen an.

Wer in terroristische Aktivitäten verstrickt war und sich bis zum 12. Februar 2004 ergibt, dem wird die Regierung Amnestie gewähren“, hieß es dazu in der Regierungserklärung. „Dieses Programm wurde gestartet, damit diejenigen Nepalis, die wissend oder unwissentlich auf einen falschen Weg geraten sind, wieder in ein normales soziales Leben einsteigen können“, erklärte Thapa weiter. Wer sich ergibt und den Sicherheitskräften stellt, soll an einen sicheren Orte verbracht werden und Sicherheitsgarantien für sich und seine Familie erhalten. Dies geht aus dem in der nepalischen Presse zitierten Grundsatzpapier hervor, das an die bei der Pressekonzferenz in Kathmandu anwesenden Journalisten verteilt wurde. Darin ist außerdem von „finanziellen Hilfen“ an diejenigen die Rede, die bei der Abgabe und Beschlagnahme von Waffen, Spreng-

stoff, Diebesgut und ähnlich heiklen Dingen behilflich sind. Informanten und kapitulierende Kämpfer werden außerdem Vertraulichkeit und den Schutz ihrer Identität zugesichert.

Preisgeld für Waffen

Für an den Staat zurückgegebene Waffen winken Preisgelder und Belohnungen in Höhe von 1.000 bis 200.000 Rupien. Eine chinesische Pistole wird beispielsweise mit 8.000 Rupien veranschlagt, ein altes Enfield-303-Gewehr aus dem Zweiten Weltkrieg mit 7.000 Rupien. Die Anfang des Jahres von den Amerikanern an die nepalische Regierung gelieferten modernen M-16-Sturmgewehre sollen zum Stückpreis von 50.000,-Rupien zurück-

gekauft werden. Wer gar ein Geschütz vom Kaliber 81 Millimeter abliefern wird, wird mit der Höchstsumme von 200.000 Rupien entlohnt.

Die differenzierte und umfangreiche Auflistung der Preisgelder für einzelne Waffen kann als indirektes Eingeständnis der Regierung gesehen werden, daß die Rebellen inzwischen über ein breites Arsenal an Waffen verfügen, von denen ein nicht unerheblicher Teil aus geplünderten Regierungsbeständen stammt.

Zuckerbrot für Friedenswillige

Personen, die sich ergeben, verwundet oder „infolge einer früheren Beteiligung an terroristischen Aktivitäten“ behindert

sind, soll kostenlose medizinische Behandlung gewährt werden. Jugendlichen Kämpfern wird im Rahmen des Amnestieprogramms zudem die Aufnahme an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen angeboten. Dabei ist von technischen und berufsvorbereitenden Kursangeboten ebenso die Rede wie von einer Bereitstellung von Krediten und Darlehen, um ein eigenes Geschäft aufzumachen. Das Amnestieprogramm sieht außerdem vor, daß Familien, die aufgrund des Konflikts auseinandergerissen wurden, zusammengeführt und ihre Rechte z. B. in Bezug auf Landtitel mit Hilfe der Regierung wiederhergestellt werden sollen. Von der Regierung bereits eingeleitete Gerichtsverfahren gegen Maoisten sollen ebenfalls zurückgezogen werden, falls sie sich ergeben.

In einer ebenfalls im Rahmen der Pressekonzferenz verteilten Bekanntmachung werden die Versprechen der Regierung auf persönlichen Schutz, soziale Sicherheit und finanzielle Hilfe zusammengefaßt und alle Bürger Nepals aufgefordert, ihre Freunde, Verwandten und Mitstreiter zur Massenkapitulation zu überreden. Eine solche Kapitulation könne individuell oder kollektiv bei der örtlichen Verwaltung, bei Einrichtungen der Sicherheitsdienste Armee, Armed Police Force und Polizei oder bei einem mobilen staatlichen Serviceteam eingereicht werden, heißt es in dem Papier. Zu diesem Zweck sollen schon bald in Kathmandu und in Tanahu (Westnepal) zwei offizielle Untersuchungs- bzw. Rehabilitierungszentren eingerichtet werden.

Griff in die Trickkiste?

Das von der Regierung vorgestellte und mit einem Ultimatum an die Maoisten verknüpfte Amnestieprogramm wird nach den Worten von Thapa nichts an der grundsätzlichen Bereitschaft der Regierung ändern, gleichzeitig eine Konfliktlösung auch über einen Dialog mit den Maoisten anzustreben. „Die Tür für Friedensgespräche steht immer offen, falls dafür ein vertrauenswürdiges Umfeld besteht“, erklärte Minister Thapa, der die Regierung zuletzt in den am 27. Au-

gust 2003 gescheiterten Friedensverhandlungen vertreten hatte.

Das Amnestieversprechen steht allerdings in scharfem Kontrast zu den öffentlichen Verlautbarungen der Regierung nach dem Scheitern des Waffenstillstands. Noch vor kurzem hatte der vom König eingesetzte Ministerpräsident Surya Bahadur Thapa öffentlich eine harte und kompromißlose Haltung vertreten und mit scharfen Worten „die Vernichtung der Maoisten mit militärischen Mitteln“ angekündigt. Daher drängt sich die Frage

auf, ob es sich bei dem Amnestieversprechen wirklich um ein ernsthaftes Angebot der Regierung handelt oder nur um ein taktisches Manöver, das darauf angelegt ist, die zunehmende Kritik aus dem Umfeld der Geberländer zu besänftigen. Diese Kritik bezieht sich sowohl auf den allgemeinen Umgang der Regierung mit der Krise wie auch auf deren Menschenrechtspraxis. In jedem Fall bleibt noch abzuwarten, wie die Maoisten auf dieses Angebot reagieren werden.



Von Maoistenrebellern zerstörtes Flughafengebäude (Foto: Thomas Döhne)

Doppelstrategie der USA

Die Ankündigung des Amnestieverprechens fiel zeitlich mit dem Besuch der für Südasiens zuständigen Staatssekretärin der U.S.-Regierung, Christina Rocca, zusammen. Die hochrangige Regierungsvertreterin hielt sich vier Tage in Nepal auf, um sich ein Bild über die aktuelle Situation im Land zu machen und Außenminister Powell und die U.S.-Regierung zu informieren. Die USA stehen an der Spitze einer Staatengruppe, die die nepalische Regierung im Kampf gegen die maoistischen Rebellen unterstützt. Dies geschieht auf vielfältige Weise: durch den Einsatz von Militärberatern, durch die Fortbildung von nepalischen Polizeioffizieren in der Terroristenbekämpfung, durch Bereitstellung von Geldern für Entwicklungshilfeprojekte und nicht zuletzt durch Waffenlieferungen. Erst vor wenigen Wochen wurde in der nepalischen Presse gemeldet, daß die königlich-nepalische Armee demnächst mit weiteren 20.000 modernen M-16-Sturmgewehren aus den USA aufgerüstet werden sollen (weiteres hierzu im Nepal-Meldungsteil dieser Ausgabe).

Die Doppelstrategie der im Kampf gegen den Terrorismus auch an anderen Schauplätzen Südasiens aktiven US-Regierung setzt einerseits auf eine konsequente und kompromißlose militärische Bekämpfung der Maoisten und fordert andererseits die nepalische Regierung auf, die nicht zu übersehenden Armutsprobleme des Landes intensiver anzugehen. Dies soll möglichst unter Vermeidung der Auswüchse und Menschenrechtsverletzungen geschehen, die diesen Guerillakrieg bisher auf beiden Seiten begleitet haben. Solche Vorgaben verlangen der Regierung einen Spagat ab, den sie bisher nicht vollbringen konnte.

Spirale der Gewalt

Am 10. Dezember 2003 fand in Kathmandu am 55. Jahrestag der Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen eine Demonstration gegen anhaltende Menschenrechtsverstöße der beiden Konfliktparteien und zur Einhaltung der Menschenrechte statt. Die Protestanten trugen Schilder durch die Stadt,

auf denen Photos zahlreicher Verschwundener zu sehen waren, deren Schicksal bis heute nicht geklärt ist. Nayan Bahadur Khatri, Vorsitzender der Nationalen Menschenrechtskommission (NHCR), faßte in einer im Internet veröffentlichten Rede die Lage in seinem Land wie folgt zusammen: „Die vergangenen Jahre des Konflikts haben es den Menschen sehr schwer gemacht, ihre grundlegenden Menschenrechte wahrzunehmen. Die Zunahme von Tötungen, Raub, Vergewaltigung, Folter, Entführungen und Zerstörung staatlicher Einrichtungen und Infrastruktur und die Wirkungslosigkeit rechtlicher Maßnahmen gegen diejenigen, die solche Verbrechen verüben, willkürliche Festnahmen sowie die übermäßige Anwendung von Gewalt durch die Sicherheitskräfte belasten das Leben der einfachen Leute in hohem Maße. Erst wenn die Verstöße gegen die Grundrechte der Menschen aufhören und die Ursachen des Konflikts angegangen werden, kann eine wirkliche Konflikttransformation hin zu dauerhaftem Frieden im Land gelingen.“

In den ersten vier Monaten seit dem Ausstieg der Maoisten aus den Friedensverhandlungen hat sich die Spirale der



Beten um den Geldsegen der Touristen (Foto: Thomas Döhne)

Gewalt weiter gedreht. Unabhängige nepalische Menschenrechtsorganisationen gehen davon aus, daß seit dem 27. August 2003 mehr als 1.200 Menschen von den Sicherheitskräften getötet wurden. Darunter sollen sich auch viele Zivilisten befinden, die zwischen die Fronten geraten sind oder die zu Unrecht beschuldigt wurden, Maoisten zu sein. Am 17. Dezember 2003 gab der Sprecher der Königlichen Nepalesischen Armee (RNA), Oberst Dipak Gurung, in Kathmandu im Rahmen einer Pressekonferenz die aktuellen Zahlen über die Verluste der Armee für diesen Zeitraum bekannt. Demnach wurden im selben Zeitraum bei der Bekämpfung der Rebellen insgesamt 287 Angehörige der drei Sicherheitsdienste Armee, Bewaffnete Polizeistreitkräfte (APF) und Polizei getötet und 384 weitere verwundet. Die genannten Verbände waren vor kurzem unter ein zentrales Führungskommando gestellt worden, um die Maoisten wirkungsvoller bekämpfen zu können.

Nicht nur die Opferzahlen signalisieren eine weitere Verschärfung des Konflikts. Denn im gleichen Zeitraum erhöhte sich auch die Zahl der „Verschwundenen“ dramatisch. So gab im November 2003 die nepalische Menschenrechtsorganisation INSEC bekannt, daß seit Beginn des Konflikts über 700 außerge-



Von einem maoistischen Terrorkommando bombardiertes Regierungsgebäude in Kathmandu (Foto: Frontline)

richtliche Festnahmen und Entführungen registriert worden seien. Etwa die Hälfte davon falle in den kurzen Zeitraum nach dem Ende der letzten Friedensgespräche, hieß es, wobei eine Mehrzahl der von INSEC registrierten Menschenrechtsverstöße auf das Konto der Königlichen Armee (RNA) und andere Sicherheitsdienste gehe. Die ohnehin nur schwer erkennbaren Konturen rechtsstaatlicher Le-

gitimierung drohen angesichts dieser gravierenden Menschenrechtskrise vollends zu verwischen.

Ende der Staatskrise nicht in Sicht

Unter dem Eindruck der anhaltenden Staatskrise beginnt sich der Protest der etablierten Parteien gegen die vom König eingesetzte und unzureichend legitimierte Regierung neu zu formieren. So kam es vor kurzem zu einer Demonstration der fünf Oppositionsparteien, die sich zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen haben und für die Wiedereinsetzung des Parlaments und die Bildung einer Allpartei-Regierung eintreten. Die Demonstranten führten schwarze Fahnen mit sich und riefen dazu auf, die Demokratie gegen die Repression der vom König eingesetzten Regierung zu verteidigen. Unterwegs waren nach Berichten der nepalischen Presse auch Parolen gegen die Monarchie und für die Errichtung einer Republik zu hören. Ähnliche Protestveranstaltungen sollen auch außerhalb

von Kathmandu stattgefunden haben. Dies sind untrügliche Zeichen dafür, daß es auch in der demokratischen Mitte der Gesellschaft gärt und ein Ende der Staatskrise noch nicht absehbar ist. 